

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Kachelofen Dresden
Herausgeber: Carl Schönbauer
Hauptredaktion: Nr. 20011
Schiffstraße 1, Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. 1, Gartenstraße 28/29

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 M. (einschließlich 20 M. für
Zugabe), durch Vorbezug 2,40 M. einschließlich 20 M. Zugabe (ohne Postzusatzgebühren)
bei fünf wöchentlichem Verlauf. Einzelnummer 10 M. Bezugspreis: Die einwöchige 30 M.
breite Seite 25 M., die 20 mm breite Zeilenbreite 200 M., außerdem 250 M. Effektiv-
größe 20 M. Rückträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neppich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden,
Nachdruck nur mit deutl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unveränderte
Schiffstraße werden nicht übernommen

Die Sozialdemokratie wird Brüning stützen

Auch das Landvolk will in die Opposition

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Nov. Nach der gestrigen Abgabe der Wirt-
schaftspartei an das Kabinett Brüning nimmt man in unter-
richteten Kreisen an, daß auch die Landvolkpartei in
Opposition gegen die Reichsregierung treten wird. Andeu-
tungen in dieser Richtung soll der Abg. Döblich bereits
gestern dem Reichskanzler gemacht haben. Die Deutsche Land-
volkpartei hat übrigens ihren Parteitag auf den 2. Dezember
nach Berlin einberufen. Inzwischen stellt sich heraus, daß an
einer neuerlichen Unterstützung des Kabinetts Brüning durch
die Sozialdemokratie nicht mehr gezweifelt werden
kann. Das geht schon aus der Rechnung hervor, die das
sozialistische Zentralorgan, der „Vorwärts“, heute aus-
gibt. Als die zur Zeit allein gegebenen innerpolitischen
Möglichkeiten bezeichnet das Blatt entweder eine Rechts-
regierung als Diktaturregierung oder eine
Rechtsregierung als Mehrheitsregierung mit dem
Zentrum oder aber die Regierung Brüning, die, wenn
es geht, parlamentarisch regiert, wenn es aber nicht geht,
mit einem usurpierten Verordnungsrecht. Die Sozialdemo-
kratie werde sich für die parlamentarische Mög-
lichkeit entscheiden. Damit steht also fest, daß, wenn die
Brüning-Gesetze überhaupt vor den Reichstag kommen, der
Reichskanzler neuerdings auf sozialistischen Kräften
bald Ziel setzen wird.

Noch kein Besuch Eugenbergs bei Brüning

Berlin, 26. Nov. Entgegen anderslautenden Nachrichten
hat ein Empfang des Parteiführers der Deutschnationalen,
Dr. Eugenberg, beim Reichskanzler bisher nicht statt-
gefunden. Eugenberg war bis zur Mittagsstunde auch noch
nicht in Berlin. Wie weiter verlautet, ist eine Einladung des
Reichskanzlers an die Nationalsozialisten zur Be-

sprechung über die parlamentarische Erledigung der Reale-
rungsvorlagen bisher noch nicht erfolgt.

Pariser Blätter zum Rücktritt Dr. Brüning

Paris, 26. Nov. In den Stellungnahmen zum Rücktritt
des Reichsjustizministers Dr. Brüning wird in der Pariser
Presse allgemein die Auffassung vertreten, daß die Weigerung
der Wirtschaftspartei, weiter in der Regierung mitzuarbeiten,
der Wirtschaftspartei, weiter in der Regierung mitzuarbeiten,
die Gefahr für Brüning bedeute. Das „Echo de
Paris“ glaubt vielmehr, daß diese Abtrennung den Reichs-
kanzler lediglich veranlassen werde, eine mehr diktatorische
Haltung einzunehmen. Der gleichen Auffassung ist der
„Petit Parisien“, der nicht an eine Gefahr glaubt, so-
lange Dr. Brüning auf die Unterstützung der Sozialdemo-
kraten rechnen könne. Außerdem habe der Reichskanzler
immer noch die Möglichkeit, die Gesetzesvorläufe auf dem
Verordnungswege in Kraft zu setzen. Das Blatt
meint, die Befürchtung, durch eine ablehnende Haltung gegen-
über den Finanzangelegenheiten den Gang der außenpolitischen
Angelegenheiten zu behindern, werde auch diejenigen Parteien
zur Annahme der Gesetze treiben, die sich im Augenblick noch
abgeneigt zeigten.

Waffenstillstand zwischen Dremik und Colosser

Berlin, 26. Nov. Zu dem Konflikt in der Wirtschaftspartei
verlautet, daß der Konflikt des Abgeordneten Co-
losser und seiner Freunde mit dem Parteivorstand
Dremik auch durch die Verhandlungen des Reichsparteitags
schlusses noch nicht als endgültig erledigt angesehen wird. Die
Entscheidung sei vielmehr nur aufgeschoben bis zum
Parteitag der Wirtschaftspartei, der nunmehr für 1931 ge-
plant sei einberufen werden soll. Bis dahin herrscht ge-
wässermaßen Waffenstillstand. Der Abgeordnete Colosser hat
wieder sein Amt im Parteivorstand und behält auch seinen
Einfluß auf das Parteiorgan.

Schweres Erdbeben in Japan

Tokio, 26. Nov. Ein schweres Erdbeben machte in der
letzten Nacht Mitteljapan heim. Die Anzahl der Opfer
wird nach einer vorläufigen Schätzung des japanischen Innen-
ministeriums mit 220 Toten, 48 Verwundeten und 3 Ver-
missten angegeben, während Zeitungsberichte die Zahl der
Verletzten auf 500 schätzen. 300 Häuser wurden zerstört. In
der Stadt Misakima sind 120 Häuser und ein Gefängnis
eingerstürzt. Nur drei Gefangene konnten gerettet werden. In
dem Seilbadort Nagasaki wurden 20 Personen getötet.
In Atami wurden 5 Lehrer durch einen Erdstöß erschlagen.
In Numoto wurde ein Tempel zerstört. Die Bevölkerung
in Tokio und Yokohama, wo die Wasserleitungen
brachen, hat ihre Häuser verlassen.
Der Vulkan Merapi auf Java zeigt seit Sonntag er-
neute Tätigkeit. Ein gewaltiger Strom von Lava erreicht sich
aus dem Vulkan und erfüllt das Tal. Der Vulkan ist
3000 Meter hoch und hat in der letzten Zeit nur leichte Rauch-
wolken gezeigt.

Sturmnot am Kurischen Haff

Tilsit, 26. Nov. Das Kurische Haff wurde in den
letzten Tagen von einem orkanartigen Sturm heimgesucht,
dem insgesamt 11 Fischer zum Opfer fielen. Ein in den
letzten Tagen verunglückter Fischer ist seinen Verletzungen
erlegen, weil es infolge Hochwassers unmöglich war, einen
Arzt herbeizurufen. Die Lage der Bewohner am Haff wird
immer verzweifelter. Besonders traurig stehen die Verhält-
nisse in Tilsit. Wege und Wiesen bilden eine endlose Wasser-
fläche, die jeglichen Verkehr mit der Außenwelt unterbindet.
Zeit mehreren Tagen hat der Postverkehr mit Inse eingestellt
werden müssen. Schwerverrannte müssen in Betten und Peize
gepackt, unter Lebensgefahr zum nächsten Arzt geschafft
werden; Tote können nicht beerdigt werden. Das Wasser
steht noch mehrschicht in den teilweise verlassenen Wohnungen.
Die Vorräte sind größtenteils durch das Hochwasser
oder den plötzlich eingetretenen Frost vernichtet. Die Deiche,
welche in diesem Herbst erhöht wurden, sind teilweise fort-
geschwemmt worden. Es wird dringend Hilfe verlangt.

Der Stahlhelmbesuch bei Mussolini

Berlin, 26. Nov. Ein Berliner Mittagsblatt meldet, der
Reichspräsident habe dem Stahlhelm davon Kenntnis ge-
geben, daß er für den Besuch einer Stahlhelmabordnung in
Rom und ihren Empfang durch Mussolini kein Verständnis
habe. In Stahlhelmtreuen habe diese Erklärung des Reichs-
präsidenten sehr peinlich berührt. Wie wir erfahren, entspricht
die Meldung in dieser Form nicht den Tatsachen. Vielmehr
habe sich der Reichspräsident bei der Stahlhelmeleitung nach
der Angelegenheit erkundigt und die Bundesleitung habe
darauf dem Reichspräsidenten wissen lassen, daß es sich bei dem
Empfang von Stahlhelmlern in Rom um eine persönliche
Handlung eines Stahlhelmunterführers, nicht aber um eine
offizielle Aktion des Stahlhelms gehandelt habe.

In politischen Kreisen ist weiter vermerkt worden, daß die
Stahlhelmabordnung von Mussolini empfangen worden sei,
noch bevor der neue Reichspräsident von Schubert bei dem
italienischen Ministerpräsidenten vorgeschrieben habe. Von
autonömer Stelle wird darauf hingewiesen, daß ein Empfang
des Reichspräsidenten von Schubert durch Mussolini erst möglich
sei, nachdem der Reichspräsident am gestrigen Dienstag dem König
sein Beglaubigungsschreiben überreicht habe.

Note Einheitsfront gegen „die faschistische Gefahr“?

Berlin, 26. Nov. Wie eine Berliner Korrespondenz er-
fährt, sollen die deutschen Sozialdemokraten mit Rossau
Führung genommen haben über ein gemeinsames Vorgehen
der Kommunisten und Sozialdemokraten gegen „die faschisti-
sche Gefahr“ in Deutschland.

Die Einberufung des Völkerbundsrates

Englische Interventionsanregung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Nov. Das Reichskabinett wird am morgigen
Donnerstag zusammentreten, um sich über die Frage schlüssig
zu werden, ob sie auf der Einberufung einer außerordentlichen
Tagung des Völkerbundsrats besteht, oder ob sie sich damit
begnügt, daß das oberste Thema auf der Januar-
situng des Völkerbundsrats behandelt wird. Eine außer-
ordentliche Völkerbundsrausitzung muß zusammengetreten
werden, wenn ein Mitglied des Völkerbundsrates oder
drei Nichtmitglieder des Völkerbundsrates an den Generalsekretär
des Völkerbunds wenden und an ihn das ent-
sprechende Ersuchen richten.

Inzwischen sind in der englischen Presse Stimmen zu
hören, die dafür eintreten, daß England in der ober-
schleischen Frage intervenieren möge.

Ant „Manchester Guardian“ würde man eine eng-
lische Intervention deshalb für zweckmäßig halten, weil
Deutschland als unmittelbar interessierte Macht keine so harte
Stellung gerade bei der Klärung dieses ungemünstlichen
Fragenkomplexes habe. Deutschland könne es an sich nur
recht sein, wenn sich die englische Regierung entschliesse, von
sich aus eine außerordentliche Ratstagung einzuberufen. Da
sich in dieser Richtung leider wohl nur geringe Möglichkeiten be-
finden, wird die deutsche Regierung die Initiative schon selbst
erheben müssen. Je schneller dies geschieht, um so besser
für die deutsche Position, da inzwischen das Warschauer Innen-
ministerium mit Erklärungen herausgekommen ist, die die
Wahrheit geradezu auf den Kopf stellen und in der Wilhelm-
straße unumwunden als schamlose Fälschungen be-
zeichnet werden. Immerhin wird die polenfreundliche Presse
der Welt nichts eiligeres zu tun haben, als diesen Lügen-
bericht abzuhandeln, und die deutsche Regierung sollte des-
halb auch ihrerseits mit möglichst bestmöglicher Vorgehen.
Bisher kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß schon
manche kostbare Stunde ungenutzt verstrichen ist. Das Aus-
wärtige Amt ist zur Zeit mit der Ausarbeitung einer Note
an den Generalsekretär des Völkerbunds beschäftigt, die nach
ihrem Eintreffen in Genf, also wahrscheinlich übermorgen,
der Presse übergeben wird. Am Dienstag tritt der Aus-
wärtige Ausschuss des Reichstages zusammen, um eben-
falls zu diesem Fragenkomplex Stellung zu nehmen.

Offener Brief an Calonder

Gleiwitz, 26. Nov. Die vereinigten Verbände heimattreuer
Oberhiesler, der deutsche evangelische Volksbund Ober-
schlesiens und der oberhieslerische Kulturverband haben einen
offenen Brief an den Präsidenten der gemischten Kommission,
Calonder, gerichtet, in dem erneut schärfster Protest gegen

den blutigen Terror, unter dem die deutsche Bevölkerung
Oberschlesiens leidet, eingelegt wird. Es heißt darin u. a.:

„Wir erwarten, daß Sie, Herr Präsident, als Vertreter
des Völkerbundes alle Ihnen zu Gebote stehenden Mittel an-
wenden, damit die jeder Bestimmung und Menschlichkeit hohn-
sprechende Behandlung unserer Volksgenossen aufhört. Wir
sollen uns nicht damit einverstanden erklären, daß Ihr Ein-
fluß sich auf Vorfälle beim Boiwoden Gracynski
beschränkt.“

Wir wissen diesen vor aller Welt für die Grenztaten mit-
verantwortlich, da er selbst Ausländer ist, und die Aus-
länderverbände seines Schutzes versichert.

Wir bitten Sie, beim Völkerbund, dem entweder die
Wacht oder der Wille fehlt, die Widerheiten zu
schlichten, dahin zu wirken, daß der Fehlspruch der Völkerver-
sammlung auf gemacht und Ostoberschlesien dem ihm zustehen-
den, wirtschaftlich und national verbundenen Deutschland wieder-
gegeben werde. Nur auf diesem Wege kann die in bedrohlicher
Nähe gerückte Kriegsgefahr, hervorgerufen durch die Auf-
ständischen und ihre amüßlichen Schützer, beseitigt werden.“

Der Prozeß Reich-Thüringen wird verschleppt

Die Volkspartei warnt Wirth

Berlin, 26. Nov. Zu dem Streit zwischen dem Reichs-
innenminister und Thüringen um die Zuschüsse für die Thü-
ringer Schutzpolizei schreibt die „Nationalliberale
Korrespondenz“, das parteiamtliche Organ der Deut-
schen Volkspartei, man habe in Thüringen den Eindruck, daß
sich das Reichsinnenministerium alle Mühe gebe, um die Ent-
scheidung vor dem Staatsgerichtshof künstlich zu ver-
schleppen.

Ja, daß ihm an einer objektiven Erledigung des Streits
alles überhaupt nicht liege.

Man müsse doch annehmen, daß dem Reichsinnenministerium
bei der Sperrung der Zuschüsse Tatsachen bekannt gewesen
seien, die eine solche scharfe Verfügung materiell rechtfertigten.
Seit der Klageerhebung seien jetzt mehr als fünf
Monate vergangen, und noch sei ein Ende der Beweis-
erhebung nicht abzusehen. Dabei erfährt man, daß die ersten
vom Reichsinnenministerium genannten Zeugen, die doch wohl
für die thüringische Regierung und ihre Polizei Belastendes be-
kundet hätten. Höchst merkwürdig berührten auch Vorgänge,
die über die beabsichtigte Vernehmung des thüringischen

Ministers Dr. Fric in der thüringischen Presse mitteilt
worden seien, und die allerdings den Eindruck verstärken, daß
das Reichsinnenministerium den Prozeß möglichst in die
Länge ziehen wolle, um dadurch das Land Thüringen, das die
erheblichen Ausfälle bei seiner Finanznot nur schwer tragen
könne, gefügig zu machen.

Vielleicht sehe auch das Reichsinnenministerium jetzt schon
ein, daß es sich in dem Prozeß möglicherweise eine eintausend
Niederlage holen könne

und wünsche diesen blamablen Ausgang möglichst lange hin-
auszuschieben. Für die Nationalsozialisten sei das Verhalten
des Reichsinnenministeriums nur Wasser auf ihre
Mühle. Wenn das Reichsinnenministerium etwa mit der
Sperrung der Zuschüsse den Nationalsozialisten habe Schaden
zufügen wollen, so habe es sich gründlich verhasen, denn nichts
habe in weitesten Kreisen in Thüringen die Stellung des
Herrn Dr. Fric mehr getrübt, als das das ganze Land ver-
schleppte Vorgehen des Reichsinnenministeriums. Es würde
dem Ansehen des Reiches und auch der allgemeinen politischen
Entwicklung von größtem Nutzen sein, wenn der Streit mit
Thüringen schnellstens in loyaler Weise aus der Welt ge-
schafft würde.

15